

Soja-Projekt: „Agenda 21 – Stoffstromorientierter Diskurs
Zur Futtermittelproblematik“

STOFFSTROMORIENTIERTE BETRACHTUNG DES INTERNATIONALEN AGRARHANDELS

von
Dipl.-Volkswirtin Suhita Osório-Peters
(Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH, Mannheim)

Im Mittelpunkt dieses Vortrags sollten ursprünglich zwei Forschungsprojekte über die Anwendung von "Stoffstromanalysen" als Methode für die Behandlung von internationalen Handelsfragen stehen. Beide Projekte entstanden mit dem Ziel, den Zusammenhang von internationalem Handel, Ernährung und Umwelt theoretisch und empirisch zu analysieren. In der Annahme, dass diese Erfahrungen anregend auf die Diskussion um den Handel mit Soja bzw. Futtermitteln wirken könnten, war geplant, sie während der Tagung ausführlich zu diskutieren. Tatsächlich bot sich in Loccum jedoch keine passende Gelegenheit, darauf systematisch einzugehen, weshalb die Vorstellung beider Studien hier in Kurzform nachgeholt wird (s.u. Abschnitte 1 und 2). Anschließend möchte ich auf die Vorteile eines stofforientierten Ansatzes bei der Lösung der Fragen des Soja-Handels eingehen, da diese Frage, die ursprünglich eine zentrale Rolle während der Tagung spielen sollte, angesichts der Dringlichkeit anderer Fragen in den Hintergrund rückte. Dieser Punkt wird im Abschnitt 3 behandelt.

1 Internationaler Handel, Umwelt und Ernährung

Das erste Beispiel für die Anwendung von Stoffstromanalysen auf Fragen des internationalen Handels betrifft ein theorieorientiertes Forschungsprojekt, in dem vor allem eine Methode für die integrierte Behandlung von ökologisch-ökonomischen Aspekten des internationalen Agrarhandels gesucht wurde¹.

Im Mittelpunkt der Studie stand der Versuch, die in der Umweltforschung benutzten Stoffstromanalysen (Ökobilanzen, Produktlinienanalysen) als methodische Grundlage auch für die Analyse von sozio-ökonomischen Aspekten des Handels zu benutzen. Der internationale Handel wurde daher in dieser Studie als eine Verflechtung von Stoffflüssen wahrgenommen und Handelsgüter als Bündel von Materialien, die zwischen verschiedenen Regionen der Erde transportiert werden. Schon allein der Transfer von ungeheuerlichen Mengen von Materialien (Rohstoffen, Energieträgern, Agrar- und Industrieerzeugnissen) stellt sicherlich ein Umweltproblem dar, nicht nur wegen der externen Kosten des Transports, sondern weil dadurch die regionale Verteilung der Stoffkonzentrationen auf der Erde erheblich verändert wird. Das wird besonders deutlich am Beispiel des Handels mit mineralischen Rohstoffen: Einerseits ist die Rohstoffgewinnung im Ursprungsland mit erheblichen Eingriffen in die Landschaft und in Lebensräume von Menschen, Tieren und Pflanzen verbunden. Andererseits verursachen der Transport und die Verarbeitung der Rohstoffe in den Zielländern Emissionen, die

¹ vgl. Osório-Peters, Suhita und Brockmann, Karl-Ludwig: Nord-Süd Agrarhandel unter veränderten Rahmenbedingungen, ZEW-Dokumentation 96-03, Mannheim 1996

sich in diesen Regionen in Form von Schwermetallkonzentrationen im Boden und Wasser, Veränderung der Luftqualität, etc. bemerkbar machen. Der Handel mit den Industrieprodukten, die daraus produziert werden, sorgt nochmals für Transportemissionen und schließlich für die Verteilung der ursprünglichen Rohstoffe auf der ganzen Erde in Form von kleinsten Partikeln in Emissionen und Abfällen.

Wohlgemerkt, die Behauptung, dass durch Handelsströme erhebliche Umweltveränderungen eintreten, beinhaltet zuerst keine bewertende Aussage über die Art und Qualität dieser Veränderungen. Erst im konkreten Fall ist es möglich, sachliche Aussagen über die ökologischen Folgen des Handels zu machen. Und erst danach, in einem weiteren Schritt, können bewertende Aussagen über die gesellschaftlichen Folgen des Handels getroffen werden. Dabei darf nicht vergessen werden, dass bei der Bewertung von sozialen und ökonomischen Tatbeständen unausweichlich auf normative Zielvorstellungen und Maßstäbe zurückgegriffen werden muss.

In diesem Projekt war das Ziel der Bewertung, den Beitrag von Handelsbeziehungen zur (nachhaltigen) Entwicklung von Exportländern zu untersuchen. Um das Bewertungsmodell so einfach wie möglich zu halten wurde eine "nachhaltige Entwicklung" nur anhand von zwei Kriterien definiert: a) die Ernährungssicherheit der Bevölkerung im Exportland und b) die Erhaltung von Umweltressourcen (Boden, Wasser, Artenvielfalt), die die Ernährung der Bevölkerung langfristig sicherstellen.

Die Ausgangshypothesen des theoretischen Modells besagen, dass eine steigende Nachfrage nach inländischen Nahrungsmitteln Druck auf die Umwelt ausübt, insbesondere auf Ökosysteme in naturnahem Zustand und so auch auf Boden und Wasser. Werden diese Ökosysteme übermäßig beansprucht, wird es langfristig keine autarke nationale Ernährungssicherheit geben und der Nahrungsmittelbedarf muss durch importierte Waren gedeckt werden. Die Nahrungsmittelversorgung kann jedoch nur dann durch Agrarimporte abgesichert werden, wenn die dafür notwendigen Devisen erwirtschaftet werden, weshalb Entwicklungsländer, die cash crops für die Erwirtschaftung von Devisen exportieren, bei unveränderten Rahmenbedingungen vermutlich unter dem Druck stehen, ihre Agrarproduktion zu steigern. Durch die intensive Nutzung der Umweltgüter Wasser und Boden und die Ausdehnung der Agrarflächen steigen gleichzeitig aber auch die Produktionsgrenzkosten: Verluste der Agrarproduktivität aufgrund von Qualitätsverlusten des Ökosystems können zum Teil durch eine (kostenintensive) Erhöhung der energetischen und stofflichen Inputs (z.B. Agrochemikalien) kompensiert werden, die oft importiert werden und einen steigenden Anteil der Devisenausgaben ausmachen. Damit werden diese Länder zu weiterer Steigerung der „cash crops“ Produktion angereizt.

Im zweiten Teil des Projekts wurde diese Hypothese anhand eines konkreten Fallbeispiels (Bananenhandel) dargestellt². Um den Zusammenhang zwischen Umwelt und Entwicklung korrekt zu erfassen, müssten im Bewertungsprozess alle Produktionsinputs, die zur Produktion einer Banane, die von Lateinamerika nach Europa exportiert wird, berücksichtigt werden. Zu diesem Zweck lag die Anwendung einer Stoffstromanalyse nahe. In Anlehnung an die Idee des ökologischen Rucksacks, versuchten wir die Banane, die der Konsument in Europa kauft, als ein Gut zu begreifen, in dem u.a. die Sonnenenergie, das Wasser, die Bodennährstoffe und die menschliche Arbeit aus einem Standort in Lateinamerika nach Europa "transportiert" wurden. Je höher der Anteil an Umweltressourcen ist, der so genutzt und fortbewegt wird, desto bedeutender sind vermutlich auch die ökologischen Folgen dieses Handels für das exportierende Land. Ein Einblick in die ökologischen Kosten der exportorientierten Bananenproduktion in Lateinamerika zeigte, dass die heute angewandten Agrartechniken erhebliche Umweltschäden verursachen, die sowohl irreversible Ressourcenverluste verursachen (vor allem an Wald- und Grundwasserressourcen), als auch steigende Importe an Hilfsmitteln erfordern. Da der Export von Bananen eine wichtige Deviseneinnahmequelle für die Exportländer ist, müsste es in ihrem langfristigen Interesse liegen, eine Verschlechterung der Produktionsbedingungen für dieses Exportgut zu vermeiden. Bananenexportierende Länder stehen

² vgl. Osório-Peters, Suhita: Der internationale Handel mit Agrarprodukten - Umweltökonomische Aspekte des Bananenhandels, ZEW-Dokumentation Nr. 97-06, Mannheim, Juli 1997

daher in einem Zielkonflikt zwischen der Notwendigkeit, durch niedrige Preise im internationalen Wettbewerb zu bestehen und der Gefahr, die Umwelt in irreversibler Weise zu zerstören, weil ihre Kosten (eben aufgrund des Wettbewerbszwangs) nicht internalisiert werden können³

Daraus konnte in diesem Projekt die Schlussfolgerung abgeleitet werden, dass politische Intervention im Bananenmarkt aus ökonomischen Gründen notwendig ist. Allerdings ist die Entscheidungsfreiheit einzelner Länder bezüglich des internationalen Handels insbesondere aufgrund der international verbindlichen GATT/WTO Regeln stark eingeschränkt. Eine praxisnahe Lösung erfordert daher die Berücksichtigung der bestehenden Rahmenbedingungen, unter denen nationale Entscheidungen getroffen werden. Daher wurde in der Studie auch die Rolle von internationalen handelspolitischen Maßnahmen (Novellierung der EU-Bananenmarktordnung, Einbeziehung von Umwelt- und Sozialklauseln in GATT/WTO) bezüglich der Durchsetzung nachhaltiger Entwicklungsstrategien ausgearbeitet. Dabei rückte die soziale Dimension des Nachhaltigkeitsgedankens in den Vordergrund: Es wurde versucht, die jeweiligen Gewinner und Verlierer jeder Maßnahme entlang der Bananenhandelskette zu bestimmen (Produzenten, sowohl Kleinbauer als auch große multinationale Unternehmen, betroffene staatliche Stellen im Exportland, Transportfirmen, Importeure, Konsumenten im Importland, etc., etc.). Anreize zur Verbesserung der sozialen Standards gehen von den bestehenden Regelwerken des internationalen Handels nicht unmittelbar aus. Die Studie kam auch zu dem Schluss, dass die Rahmenbedingungen im internationalen Handel kaum Anreize für eine ökologisch nachhaltige Bananenproduktion in Lateinamerika bieten. Es besteht also primär ein Reformbedarf der internationalen Handelsabkommen. Einzelne Länder würden vermutlich – schon in ihrem ureigenen Interesse – Maßnahmen zur langfristigen Schonung ihrer Ressourcen treffen, wenn die internationale Handelsordnung ihre Regierungen dazu ermuntern würde.

2 Gewinner und Verlierer des Bananenhandels

Die soziale Dimension des Handels konnte im Rahmen dieses ersten Projekts nur oberflächlich behandelt werden. Das zweite Beispiel, das ich hier vorstellen möchte, sollte jedoch einen weiteren Schritt ermöglichen. Es betrifft die konkrete Gestaltung des Bananenhandels zwischen der EU und den AKP-Staaten (ehemaligen europäischen Kolonien in Afrika, Karibik und Pazifik)⁴.

Bekanntlich löste die Entscheidung des WTO-Panels im Jahr 1997 über die Nicht-Konformität der GMOB mit den WTO/GATT-Prinzipien eine heftige Diskussion in der EU um die Reformmodalitäten des Bananenregimes aus. Im Kern ging es um den Sinn und Unsinn einer Liberalisierung des internationalen Agrarmarktes. Basierend auf den Ergebnissen des oben beschriebenen Projekts wurde im Jahr 1998 im Auftrag von BanaFair Deutschland eine Studie über die GMOB (Gemeinsame Marktordnung für Bananen) durchgeführt, deren praktische Ergebnisse für die Diskussion des Soja-Handels besonders interessant sein können.

Zum besseren Verständnis der Zusammenhänge, sei hier kurz angemerkt, dass im Mittelpunkt der Diskussion um die Reform der GMOB zuerst nur Modelle standen, die entweder auf einer Differenzierung der Zolltarife basieren oder eine Kombination von Zolltarifen und Mengenkottingentierung (Quoten) vorsehen. Aus handelsliberaler GATT-Sicht sind tarifäre Maßnahmen grundsätzlich zu bevorzugen, da sie theoretisch den geringsten Eingriff in das Marktgeschehen darstellen. Aber auch eine Restriktion der Importmengen schlägt sich – jedenfalls theoretisch – ebenfalls wie ein Zoll, nämlich in einer Preiserhöhung dieser Güter nieder. Beide Maßnahmen wirken schließlich durch

³ Die relativ niedrigen Bananenpreise sind aber auch auf die niedrigen Löhne, schlechte Arbeits- und Gesundheitsschutzbedingungen von Plantagenarbeitern zurückzuführen. Die Frage der sozialen Kosten im internationalen Handel wurde im Rahmen einer anderen Studie ansatzweise behandelt (vgl. Brockmann, Karl Ludwig, Bergmann, Heidi und Osório-Peters, Suhita: "Umweltstandards im internationalen Handel" - Reihe Materialien zur Umweltforschung, Band 32, Metzler Poeschel Verlag, Stuttgart, 1998).

⁴ Osório-Peters, Suhita: Die Reform der EU-Marktordnung für Bananen - Lösungsansätze eines fairen Handels unter Berücksichtigung der Interessen von Kleinproduzenten. ZEW-Dokumentation Nr. 98-07, Mannheim, 1998

eine Veränderung der Nachfrage aufgrund einer intendierten Veränderung der Preisrelationen. Daher liegt aus wirtschaftstheoretischer Sicht der Hauptunterschied zwischen beiden Maßnahmen (Zölle und Quoten) weniger in ihrer Allokationswirkung (Markteffizienz), als in der Verteilungsproblematik, die sie erzeugen.

Umwelt- und entwicklungspolitische Gruppen forderten in der Diskussion um die GMOB-Reform den EU-Ministerrat auf, ein GATT-konformes, faires Handelsregime für den Bananenmarkt zu etablieren, das eine gerechte Verteilung der Wohlfahrtseffekte des Handels sicherstellt und die Interessen der Kleinproduzenten in Entwicklungsländern schützt. Reformvorschläge, die auf traditionellen Handelsinstrumenten basieren, wie der Vorschlag der EU-Kommission, der eine Zollkontingent-Lösung darstellt, und das "Tariff-only"-System, wurden, wie erwartet, kontrovers diskutiert. Im Laufe des Diskussionsprozesses rückten allerdings weitere, innovative Reformvorschläge, wie die Einführung eines Internationalen Labels sowie die Versteigerung von Importlizenzen, immer stärker in den Vordergrund der Debatte.

Die Frage der sozialen Dimension des internationalen Handels ist äußerst kompliziert. Viele Regierungen von Entwicklungsländern folgen in diesem Punkt der Handelsphilosophie von GATT/WTO, die davon ausgeht, dass eine effiziente Handelsordnung die Nutzung von sogenannten "komparativen Kostenvorteilen" voraussetzt. Die niedrigen Löhne werden im Allgemeinen als die größten, komparativen Kostenvorteile der Armen gesehen. Deswegen wird von Ökonomen und Politikern folgende normative Schlussfolgerung daraus abgeleitet: da die niedrigen Löhne ihr einziger Vorteil im internationalen Handel darstellen, wäre es geradezu unmoralisch, bessere Löhne für die Arbeiter in Entwicklungsländern zu fordern. Nur durch die Teilnahme am internationalen Handel, so ihre Argumentation, würden diese Länder höhere Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts erzielen und damit die Voraussetzung dafür schaffen, dass eine Verbesserung der ökonomischen Lage eintritt und die Löhne steigern können. Empirisch konnte dies bislang nicht eindeutig belegt werden. Auch werden bei der Bemessung der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft anhand des BSP die ökologische Aspekte nicht berücksichtigt. Es besteht in der Fachwelt daher weiterhin Dissens darüber, ob der internationale Handel zur Entwicklung beiträgt oder sie bremst.

Im Falle der Bananenproduktion konnte allerdings eine relative große Übereinstimmung in der Beurteilung der verheerenden Gesundheitsschäden, die Plantagenarbeiter aufgrund des hohen Pestizideinsatzes erleiden. Damit war eine Konvergenz von ökologischen und sozialen Zielen gegeben, die für den (relativen) Erfolg von Nachhaltigkeitskriterien bei der Lösung des Bananenhandelsregimes sicherlich ausschlaggebend war. Andere minimale soziale Standards (Verbot von Kinderarbeit, Recht auf gewerkschaftliche Organisation und Mindestlöhne entsprechend den ILO-Konventionen) sind allerdings auch im Bananenhandel bisher nicht durchsetzbar. In anderen Fällen (und vermutlich auch beim Sojahandel) könnte unter Umständen sogar ein offener Widerspruch zwischen ökologischen und sozialen Standards auftreten. So ist es z.B. denkbar, dass in Brasilien eine Reduktion des Sojaexports (die aus ökologischen Gründen sinnvoll wäre) zur Entlassung von Arbeitskräften in der sojaverarbeitenden Industrie führen könnte, die bei der aktuellen Lage des brasilianischen Arbeitsmarkts kurzfristig jedenfalls keine Beschäftigung finden würden.

Allerdings hängt der Erfolg von politischen Forderungen seitens der potentiellen "Verlierer" des internationalen Handels von genauen Kenntnissen über die Interessenskonvergenzen von verschiedenen Akteuren der Handelskette ab. Eine Stoffstromanalyse ist dafür ein hilfreiches Instrument. Bei der systematischen Suche nach Übereinstimmungen zwischen ökologischen und sozialen Zielen sind Überraschungen durchaus möglich. Im Falle der Banane war z.B. die Tatsache, dass kleine Bauern in der Karibik und Afrika praktisch ohne Einsatz von Pestiziden arbeiten, ein überzeugendes Argument: In Europa plädierten zugunsten dieser Produzenten die Verbraucherschutzorganisationen bei der Reform der GMOB für die positive Diskriminierung dieser Bananen (durch z.B. die Einführung eines Öko-Labels im Interesse der europäischen Konsumenten).

Vor diesem Hintergrund versuchte die Studie durch eine Gegenüberstellung der unterschiedlichen Ansätze Klarheit darüber zu schaffen, mit welchem GMOB-Modell sich die Ziele einer nachhaltigen Entwicklung in den bananenexportierenden Ländern am besten verwirklichen lassen. Die Ergebnisse

der vorgenommenen Bewertung von Handelsregimen aus der Sicht einer nachhaltigen Entwicklung können so zusammengefasst werden:

- Für eine reine Zolllösung sprechen im Prinzip vor allem ökonomische Kriterien; sie wären im Bananenmarkt im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung jedoch nur zielgerecht, wenn Handelsrestriktionen bzw. Tariffdifferenzierungen aufgrund von sozialen und ökologischen Standards GATT-zulässig wären.
- Quotenlösungen weisen zwar aus entwicklungspolitischer Sicht kurzfristig Vorteile auf, doch sprechen auch wichtige Argumente gegen eine Quotenregelung. Eine Quotenlösung sollte grundsätzlich als Übergangslösung verstanden werden.
- Um den Zielen einer nachhaltigen Entwicklung nicht zu widersprechen, sollte bei einem Quotenmodell die Quotenallokation sicherstellen, dass die Produzentenrente möglichst vollständig in den Händen der Produzenten bleibt und nicht in die EU transferiert wird.
- Die Modelle „Versteigerung von Importlizenzen“ und „Internationales Label“ entsprechen am besten den Zielen einer nachhaltigen Entwicklung.

3 Plädoyer für einen stoffstromorientierten Diskurs um die Sojabohne

Die Diskussion um die Reform der GMOB zeigte, wie Stoffstromanalysen den internationalen Handel fassbarer und transparenter machen können. Als die direkt beteiligten Akteure merkten, dass die Analyse der extrem komplexen Verflechtung von verschiedenen Interessen im Bananenhandel eine klare methodische Grundlage verlangte, haben sie sich intuitiv für einen stoffstromorientierten Ansatz entschieden. Das Besondere an dieser Diskussion war in der Tat die direkte Beteiligung der unterschiedlichsten Akteure der "Bananenkette". Die erstaunliche Dynamik des Prozesses wurde hauptsächlich durch das Engagement von europäischen NGOs getragen, die sich in einem Netzwerk mit Gruppen aus dem Süden zusammengeschlossen hatten. Ihnen ist es zu verdanken, dass neben den Vertretern aus den Landarbeitergewerkschaften vieler bananenexportierenden Ländern, der Kleinbauernkooperativen in Amazonas, Frauen- und Kirchenorganisationen, die die Aufmerksamkeit der Politiker auf die sozialen Aspekte der Problematik lenkten, auch Vertreter der großen internationalen Konzerne wie Chiquita und Dole, der verschiedenen europäischen Handels- und Verbraucherschutzorganisationen, sowie Umweltschutzorganisationen, Regierungsvertreter, Abgeordnete des EU-Parlaments und Wissenschaftler zusammenkamen. Während einer mehrtägigen Konferenz in Brüssel hatten all diese Akteure, insbesondere die Vertreter des Südens, zum ersten Mal die Gelegenheit, den gebündelten und klar formulierten Argumenten der anderen zuzuhören und direkt mit den EU-Vertretern über den Reformbedarf des Bananenhandelsregimes zu diskutieren. Unerwartet rückten im Laufe des Diskussionsprozesses innovative Reformvorschläge, wie die Einführung eines internationalen, sozial- und -ökologischen Labels sowie die Versteigerung von Importlizenzen, immer stärker in den Vordergrund der Debatte. Zwar hielt die EU-Kommission in den Grundzügen an ihrem ursprünglichen Vorschlag fest, sie ließ sich aber durchaus von der Diskussion anregen, wie die neue GMOB zeigt. Für die enormen Erwartungen und das Engagement, mit denen die NGOs an diese Unternehmung herangingen, war das Endergebnis vielleicht enttäuschend. Aber historisch gesehen wurde damals, glaube ich, doch ein großer Schritt gemacht.

Was kann man von der Erfahrung mit der GMOB für die Frage des Handels von Soja als Futtermittel abgewinnen?

Die Tagung in Loccum zeigt, dass die Diskussion über die Importe von Futtermitteln (insbesondere Soja aus Brasilien) zur Zeit noch sehr allgemein und relativ unsystematisch abläuft. Das liegt m.E. daran, dass die komplexe "Soja-Kette" in ihrer Gesamtheit noch nicht für alle beteiligten Akteure transparent genug ist. Die Tagung war deswegen besonders bereichernd: sie wirkte wie ein wohlthuendes Brainstorming, in dem viele, gute Informationen und unterschiedliche Meinungen ausgetauscht wurden. Die wesentlichen Themen wurden in der Tagung angesprochen, und die anwesenden, beteiligten Akteure konnten einige der Konfliktfelder sehr klar beschreiben, bzw. globale Zusammenhänge transparenter machen, z.B. wie die verschiedenen Regionen in Brasilien von der Sojaproduktion betroffen werden und welche Konsequenz diese Produktion für die Volkswirtschaft

hat; was für eine Rolle die gentechnischen Laboratorien in den USA spielen; oder was die Ökobauer in Niedersachsen mit dem Import von Futtermitteln aus Brasilien zu tun haben, etc..

Es wäre jetzt m.E. wünschenswert, eine systematische Analyse der einzelnen Konfliktfelder im Kontext der Gesamtproblematik durchzuführen. Dafür würde sich eine genaue Untersuchung der Soja-Stoffströme anbieten, die mit der Produktion, dem Transport, Handel und Verbrauch zusammenhängen. Entlang dieser Ströme können die Akteure und deren eigentlichen Motivationen leicht identifiziert werden. Aus den Motivationen der Akteure könnten potentielle Lösungsansätze erarbeitet und zur Diskussion gestellt werden. Ein solcher Diskussionsprozess würde einerseits die realen Interessenskonflikte offenbaren, die bei den unterschiedlichen Lösungsansätzen in der Praxis vermutlich entstehen würden (wie z.B. die Interessengegensätzen zwischen Gewinnern und Verlierern einer Reduktion des Verbrauchs von Soja-Futtermitteln in Europa). Andererseits könnten in diesem Prozess auch die bislang unerkannte Übereinstimmung von Zielen unterschiedlicher Akteure aufgedeckt werden (bereits während der Tagung in Loccum schimmerte z.B. eine potentielle Zielallianz zwischen kleinen Bauern in Brasilien und Ökobauern in Niedersachsen durch). Darauf basierend könnte schließlich ein vollständiges "mapping" der Interessensverflechtung erarbeitet werden, die nicht nur Klarheit über die Position einzelner Akteure und die möglichen strategischen Allianzen zwischen Akteuren schaffen könnten, sondern auch Aufschluss über die Gestaltung und Erfolgchancen von unterschiedlichen politischen Handlungen geben würden. Wie sich bereits in Loccum abzeichnete, würde bei einem derartigen Prozess vermutlich ein dringender Bedarf an agrarwirtschaftlichen Maßnahmen im Bereich der Futtermittelproblematik in Europa deutlich werden.

Ein solcher Prozess ist dynamisch. Die endgültige Lösung ist ex-ante nicht vorhersehbar. Besonders interessant ist dabei die Tatsache, dass auch die Politik – als beteiligter Akteur – sich im Laufe der Diskussion immer wieder positionieren muß. In diesem Zusammenhang möchte ich mit einer aus den Erfahrungen der GMOB gewonnen Erkenntnis diesen Beitrag abschliessen: In einer Welt, in der mächtige global Players die Regeln des internationalen Handels bestimmen, haben diejenigen, die sich für eine nachhaltige Entwicklung im Norden und Süden einsetzen, eine ganz kleine, kaum vernehmbare Stimme. Nur durch strategische Allianzen können sie ihr Anliegen erfolgreich durchsetzen. Bei der GMOB ergab sich eine auf den ersten Blick erstaunliche Allianz zwischen NGOs aus dem Norden und Süden mit den Regierungen von Frankreich und England.